

Presseinformation, 12.09.2016

## **Steag-Personalkahlschlag: Auch ein Scheitern der Stadt Bochum**

**Der Energiekonzern Steag hat den Abbau von bis zu 1.000 Arbeitsplätzen angekündigt. Das Unternehmen gehört seit der umstrittenen Übernahme durch ein Stadtwerke-Konsortium den Ruhrgebiets-Kommunen – und trotzdem haben sie praktisch keinen Einfluss auf die Geschäftspolitik, kritisiert die Bochumer Linksfraktion.**

„Die Stadt Bochum und die anderen Städte werden der Verantwortung, die sie sich mit der Übernahme aufgebürdet haben, nicht gerecht“, sagt Horst Hohmeier, energie- und umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bochumer Rat. „Jetzt wird Bochum möglicherweise auch noch mitverantwortlich für einen radikalen Arbeitsplatzabbau. Die Vorstellung, dass Steag zu einem ökologischen und sozialen Arbeitgeber umgebaut werden könnte, der Arbeitsplätze langfristig sichert, war von Anfang an eine Luftnummer.“

Steag betreibt Steinkohlekraftwerke an acht Standorten in Deutschland und außerdem zwei Raffineriekraftwerke. Der größte Teil der Anlagen ist völlig veraltet. Ein Großteil der Rendite wird in Kohlekraftwerken im türkischen Iskenderun, im philippinischen Mindanao und im kolumbianischen Paipa erwirtschaftet. Die zum Konzern gehörenden Minenbetriebe und Kohlegruben in Paipa und Mindanao stehen wegen der Missachtung von Gewerkschafts- und Menschenrechten, Kinderarbeit und der Ausbeutung der indigenen Bevölkerung in der Kritik.

Im Juli 2014 hat die Mehrheit des Bochumer Rates für eine Übernahme der verbleibenden Steag-Anteile durch die Stadtwerke gestimmt, so dass der Konzern seitdem komplett den Kommunen gehört. „Es war ein großer Fehler, so viele Millionen in den sterbenden Kohledinosaurier zu stecken“, sagt Horst Hohmeier. „Der Kauf bindet große Investitionsmittel der Stadtwerke, die für die Ansiedlung von ökologischer, dezentraler, und kundenfreundlicher Energieversorgung sowie für die Schaffung der damit verbundenen Arbeitsplätze fehlen. Die Stadt Bochum ist damit mitverantwortlich für die fehlende Transformation im Energiesektor. Aus der Verantwortung für die Menschen, die nun möglicherweise ihren Job verlieren, darf sie sich nicht stehlen.“